



Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

Forum 1 – Gesundheit als Menschenrecht

# Medizinische Versorgung von Illegalisierten

Recht auf Gesundheit und ordnungspolitisches Kalkül



Ole Baumann/  
Ysabel Vornhecke



Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

## Internationales Recht

- International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights: „The States Parties to the present Covenant recognize the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health.“ (Artikel 12 Abs. 1 CESCR - „UN-Sozialpakt“; von Deutschland ratifiziert am 03. Januar 1976)
- Europäische Sozialcharta, 1961
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 2000





Medibüro

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

## Rechtliche Lage in Deutschland

**1991** Übermittlungspflicht (§ 76 AuslG, ab 2005 § 87 AufenthG)

Alle öffentlichen Stellen sind verpflichtet bei Bekanntwerden eines illegalen Aufenthalts die Ausländerbehörden zu informieren

=> faktisch kein Zugang zur medizinischen Versorgung für Menschen ohne Papiere



Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

## Rechtliche Lage in Deutschland

### 1993 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

„Behandlung akuter oder schmerzhafter Erkrankungen, sowie auf Leistungen die zur dauerhaften Aufrechterhaltung der Gesundheit unerlässlich sind“ (§§ 4 und 6 AsylbLG)

=> medizinische Versorgung weit unter dem üblichen Standard der gesetzliche Krankenversicherung



Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

## **Medibüros als politische und praktische Antwort**

- erste Gründungen Mitte der 90er-Jahre in Hamburg und Berlin
- hervorgegangen aus antirassistischen Initiativen

### **Politische Arbeit**

- für eine umfassende medizinische Versorgung für alle
- Abschaffung der diskriminierenden Ausländergesetze

### **Praktische Arbeit**

- anonyme und kostenlose Vermittlung
- qualifiziertes medizinisches Fachpersonal
- für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und ohne Krankenversicherung



Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

## **Politische Initiativen**(unterschiedlicher Akteure)

Petition zur **Abschaffung § 87 AufenthG** (Übermittlungspflicht)

=> gescheitert

**Allg. Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz** (Sept. 2009)

=> Verbesserter Zugang zur klinischen Notfallversorgung

**Konzept „Anonymer Krankenschein“**

=> auf landespolitischer Ebene umsetzbar

Hamburg: Fonds-Modell, auch für nicht-versicherte EU-Bürger\_innen

Berlin: basiert auf Rechtsanspruch (Leistungen nach AsylbLG),  
nur für Menschen ohne Papiere



Medibüro

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

## 14 Jahre Medibüro in Berlin

negative Aspekte und Gefahren

- Vereinnahmung durch Regierung/Verwaltung
- Schleichender Auf- und Ausbau von Parallelstrukturen
- Keine substantiellen/strukturellen Verbesserungen
- Anhaltende Unter- und Fehlversorgung



Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

## Politische Forderungen

- Rechtsanspruch auf umfassende medizinische Versorgung für alle
- Einbindung in Regelversorgung
- bundesweite Zugänglichkeit
- gesicherte Finanzierung
  
- Abschaffung der Übermittlungspflicht (§ 87 AufenthG)
- Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG)